



Streit um Seniorentreff: Stadt will ihr „Fässchen“ verkaufen

Privat vor Staat - oder Staat statt privat? Um Unnas Seniorentreff "Fässchen", derzeit - noch - in städtischer Trägerschaft, ist während der Haushaltsberatungen ein politischer Streit ausgebrochen.

Die Stadt schlägt vor, die Altenbegegnungsstätte an der Hertingerstraße ab 2017 an einen gemeinnützigen Träger zu übertragen. Damit kann sich ganz entschieden aber nicht die CDU anfreunden, die in zwei politischen Anträgen im November nachdrücklich auf eine Fortführung in städtischer Trägerschaft pochte. Das Thema ist nach hitzigen Diskussionen zunächst für weitere Beratungen vertagt.

Welche Gründe hat gerade die CDU dafür - generell Privatisierungen durchaus aufgeschlossen - sich derart vehement für einen weiterhin städtischen Seniorentreff einzusetzen? "Klientelpflege", vermuten die übrigen Fraktionen bissig. Gerhard Heckmann, Fraktionsvorsitzender der CDU, argumentiert mit der demografischen Entwicklung. "Über den Hausbeirat des Seniorentreffs wird es dem Rat der Kreisstadt ermöglicht, Angebot und Nachfrage mitzuerleben und auf die Bedürfnisse zu reagieren. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist eine Altenbegegnungsstätte ein

wesentliches Element für eine seniorenfreundliche Stadt Unna."

Statt sich von dem Altenbegegnungszentrum zu trennen, solle die Stadt die kommenden beiden Jahre dazu nutzen, "ein zukunftsfähiges Konzept zu erarbeiten", schlägt die CDU vor - kurz gesagt: Sparmöglichkeiten suchen und das Fässchen auf jeden Fall selbst behalten. Diese hartnäckige Weigerung, über alternative Trägermodelle auch nur nachzudenken, können allen voran die Freien Wähler komplett nicht nachvollziehen. "Wir begrüßen ausdrücklich den Vorschlag der Verwaltung, die Verantwortung für die Altenbegegnungsstätte ab 2017 in geeignete caritative Organisationen zu geben", unterstreicht der Vorsitzende der FW/FLU-Fraktion, Klaus Göldner, die Position der Freien Wähler. Wieso solle ausgerechnet die Stadt eine Alteneinrichtung betreiben? Das sei nicht einzusehen. "Das Angebot im Fässchen kann durch eine andere Organisation sicherlich mindestens genauso effektiv aufrechterhalten werden wie unter städtischer Leitung." Die CDU betreibe "Angstkampagnen", wenn sie Szenarien von Qualitätseinbrüchen oder gar Schließung unter einem gemeinnützigen Träger entwerfe. (sia)